

KOMMENTAR

Endlich Bildung

von Andrea Seibel

20. Juli 2010

Jüngst sagte Joachim Gauck in einem Interview: "Für mich ist Politik nicht in erster Linie Sozialpolitik." Im Nachhinein ist schon verwunderlich, dass man ihm seine Worte nicht als Ausdruck von Herzenskälte auslegte. Denn heute denkt Politik mit Vorliebe von den Schwachen her. Leistungsförderung? Elite? Wohl in keinem anderen Industrieland gilt Exzellenzförderung als unsozial, ja undemokratisch. Lieber will man "alle mitnehmen", was leicht heißt: alle über einen Kamm scheren. Das sieht man am deutlichsten in der Bildungspolitik. Seit Jahrzehnten wird gedoktert und experimentiert mit Schulmodellen, deren Wahrheitskern der ist: Bildung ist nicht besser, sondern schlechter geworden.

Ole von Beust ahnte wohl, dass sich das Volksbegehren gegen die sechsjährige Grundschule durchsetzen würde, und vielleicht warf er auch deswegen hin, weil er das Gespür für die Schwingungen seiner Stadt verloren hatte. Der klare Sieg der gegen die Politik opponierenden Bürger ist ein Warnsignal besonders für die Grünen, die sich nicht verkneifen konnten, fröhlich weiterzubasteln mit Heil versprechenden Strukturreformen als "Projekt".

Hamburgs Bürger wollten mit ihrem Nein in erster Linie die Institution des Gymnasiums stärken - ein wichtiges Signal in Richtung Flächenstaat NRW, wo man auch schon das Werkzeug zurechtgelegt hat, um diese funktionierende bürgerliche Bastion zu schleifen.

In Hamburg stimmten Eltern ab. Sie wissen, was gut für ihre Kinder ist, sie müssen Entscheidungsfreiheit haben. Kein Kind ist wie das andere. Der Unterschied, also die Individualität, ist das Markenzeichen der Demokratie, und ihn gilt es zu stärken. Bildungspolitik muss endlich aufhören, Sozialpolitik zu sein. Es geht um Förderung und Vorankommen jedes Kindes in seiner Eigenheit, nicht um fast religiös aufgeladene Gleichheits- und Gemeinsamkeitssträume.

Widmen wir uns endlich praktischen Fragen, als da wären: bessere Lehrer, kleinere Klassen, bessere Ausstattung, größere Autonomie der Schulen. Das kann doch nicht so schwer sein! Die rot-grünen Damen in NRW sollten sich genau überlegen, was sie nun tun.